



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 04.03.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme ab 16:04 Uhr
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teil- nahme bis 18 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Stellvertretender Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teil- nahme bis 17:17 Uhr
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18:37 Uhr
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 16:48 Uhr
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18:30 Uhr
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 16:09 Uhr
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Heinz-Jürgen Seilkopf	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17 Uhr
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 16:16 Uhr bis 19:24 Uhr
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste

Jörg Schulze	Geschäftsführer der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
Vinzenz Schwarz	Geschäftsführer Hallesche Verkehrs-AG

Entschuldigt fehlten:

Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Steffen Krutz	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden, **Herrn Aldag**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue teilte mit, dass ihn Herr Schulze darum gebeten hat, den Tagesordnungspunkt 7.1 vorzuziehen.

Herr Paulsen schlug vor, die vorgegebene Reihenfolge der Tagesordnung beizubehalten, da dies auch so mit den Gästen vorab besprochen wurde.

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Aldag** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 18.02.2021
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/01946
 - 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/02027
 - 5.2. Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zu Möglichkeiten der Freigabe des Oberen Boulevard für den Radverkehr
Vorlage: VII/2020/01947
 - 5.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung und Baumpflanzung auf dem Marktplatz und innerhalb der Altstadt
Vorlage: VII/2020/02037

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 18.02.2021

Herr Raue, der Ausschussvorsitzende, übernahm die Sitzungsleitung.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/01946**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/02027**

Herr Aldag brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Jacobi unterstützte den Antrag. Sie bezog sich auf den Änderungsantrag und fragte, inwieweit das Baumkataster regelmäßig gepflegt wird.

Frau Ruhl-Herpertz verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und sagte, dass die Intentionen nicht weit auseinander gehen. Sie gab zu bedenken, dass die Stadtverwaltung auf zusätzliche Gelder angewiesen ist.

Auf die Frage der Pflege des Baumkatasters antwortete sie, dass das eine Frage der personellen Ressource ist.

Herr Dr. Thomas fragte, ob der Stadtverwaltung Erkenntnisse über den Erfolg der Baumpflanzaktion vorliegen.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass die Baumpflanzaktion 1.0 und 2.0 erfolgreich waren. Beide Aktionen haben sehr gute Anwachsquoten erzielt. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Anpflanzaktion 3.0.

Herr Scholtyssek sagte, dass dieses Thema im Dürreschutzkonzept abgedeckt werden könnte. Weiterhin sollte dieses Thema im Gesamtkontext diskutiert werden. Eine Gesamtverpflichtung von 200 Ersatzpflanzungen ist zu stringent, daher wird seine Fraktion dem Änderungsantrag der FDP zustimmen wird. Er regte an, über Bürgeraktionen, Baumspenden und Pflanzungen von Sträuchern nachzudenken.

Herr Aldag sagte, solange das Dürreschutzkonzept nicht vorliegt, sollten einige Bereiche vorab betrachtet werden. Er schlug vor, den Antrag so weit abzuändern, dass 200 Bäume jährlich gepflanzt werden, bis das Defizit ausgeglichen ist.

Frau Mark brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Raue sagte, dass seine Fraktion der Stellungnahme der Verwaltung folgen wird und daher keinem der Anträge zustimmen wird.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass ihre Fraktion die Festsetzung von 200 Bäumen zu starr findet. Zu beachten ist auch, dass Bestandsbäume künftig mehr Pflegemaßnahmen benötigen. Sie wird dem Änderungsantrag der FDP zustimmen, da dieser flexibler ist.

Frau Dr. Burkert teilte mit, dass ihre Fraktion für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen wird. Bisher sind circa 1500 Bäume der Dürre zum Opfer gefallen, daher sind Neupflanzungen in Höhe von 200 Bäumen ein gutes Maß um dem entgegenzuwirken. Sie fragte, wie die Unterstützung durch Bürgerinnen und Bürger verbessern kann. Es haben sich einige Bürgerinnen und Bürger an die Fraktion gewendet, die bereit sind Bäume zu spenden. Sie warb um Zustimmung für den Antrag.

Herr Krause bestärkte die Aussage von Frau Dr. Burkert. Er ist ihm wichtig, dass in der Baumfällliste Bäume aufgelistet sind, die im Baumkataster sind. Er informierte, dass laut deutschem Waldbericht 2/3 der Bäume extreme Schäden aufweisen, die zum Teil irreversibel sind. Er wird dem Antrag zustimmen.

Frau Ruhl-Herpertz gab zu bedenken, dass das vorhandene Budget nicht für Neupflanzungen reicht. 650.000 Euro reichen für die Unterhaltung, Pflege und Kontrolle des vorhandenen Baumbestandes. Je mehr gepflanzt wird, desto mehr verringert sich das Budget für den vorhandenen Baumbestand.

Herr Aldag sagte, dass es dann Aufgabe des Stadtrates ist, die notwendigen Mittel im Haushalt festzulegen. Der Antrag zielt darauf ab, das vorhandene Defizit auszugleichen, der Änderungsantrag zielt auf künftige Schäden ab. Seiner Meinung nach sind das zwei unterschiedliche Ansätze. Er warb um Zustimmung des Antrags.

Herr Raue bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag und bat um genauere Informationen zum Budget.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass bei Freigabe der 250.000 Euro neue Bäume gepflanzt werden können. Die Freigabe ist von der Haushaltssituation der Stadt Halle (Saale) abhängig.

Herr Raue fragte, ob sich eine Haushaltssperre auch darauf auswirkt, dass weniger Budget für die Bewässerung der Bäume vorhanden ist.

Frau Ruhl-Herpertz verneinte dies.

Herr Paulsen merkte an, dass es wichtig ist, Prioritäten zu setzen. Vorrangig sollten Straßenbäume und Bäume im urbanen Raum nachgepflanzt werden, weil diese eine besondere Auswirkung auf die mikroklimatische Bedingung vor Ort haben. Er regte an, die Anzahl der Bäume zu überdenken.

Frau Krimmling-Schoeffler sie bat den Ausschussvorsitzenden genauer auf die Wortmeldungen der Mitglieder zu achten.

Des Weiteren fragte sie, inwieweit das beschlossene Budget der Haushaltssperre unterliegt und soziale Projekte aufgrund der Haushaltssperre dann nicht bevorzugt unterstützt werden sollten.

Herr Paulsen antwortete, dass man das nicht miteinander vergleichen sollte. Des Weiteren verwies er nochmals auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Krause sagte, dass die Haushaltssperre eine freiwillige ist. Bei wiederholenden Dürresommern sollte darüber nachgedacht werden, einen Klimanotstand für die Stadt auszurufen, um ein neues kollektives städtisches Bewusstsein zu schaffen. Die Stadtverwaltung sollte innovativer handeln und die Bürgergemeinschaft öfter mit einbinden.

Herr Paulsen informierte, dass die Haushaltssperre durch das Land angeordnet wurde.

Herr Aldag schlug vor, den Antrag heute nicht abzustimmen und regte eine fraktionsübergreifende Diskussion an, um einen gemeinsamen Antrag bis zum Stadtrat einzubringen.

Herr Raue sagte, dass sich seine Fraktion der Diskussion gerne anschließen würde, um einen unpolitischen Antrag einzubringen.

Herr Seilkopf regte an, dass die Stadtverwaltung einen Plan über mögliche Baumpflanzstandorte und dafür geeignete Pflanzen/Bäume/Sträucher erstellt. Viele Bürgerinnen und Bürger, Vereinen und Gesellschaften wären willig die Stadt Halle (Saale) zu unterstützen. Er bat im Namen des halleschen Hanseverein e.V. eine Spende von 200 Bäumen an.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass der Unterhaltungsaufwand gedeckt sein muss. Er bedankte sich für das Spendenangebot.

Herr Seilkopf sagte, dass dann eine Patenschaft übernommen werden kann, bis der Baum eine gewisse Stärke erreicht hat.

Frau Thomann begrüßte das Ansinnen von Herrn Seilkopf.

Herr Krause fragte, ob es auch ein kapazitives Problem für die Baumpflege gibt.

Herr Paulsen antwortete, dass die personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung endlich sind.

Herr Raue regte an, dass über das Jobcenter Personen akquiriert werden könnten, die schwer in Arbeit zu vermitteln sind. Diese könnten die Bewässerungsaufgaben in den Sommermonaten übernehmen. Auch die Förderung über ein Bundesprogramm ist denkbar.

Herr Paulsen sagte, dass es bezügliche personeller Kapazitäten einen engen Austausch zwischen der Stadtverwaltung und dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung gibt.

Frau Thomann sagte, dass die Bewässerung der Anpflanzungen das schwierigste ist. Durch die neue Anschaffung eines Spezialgerätes zu Bewässerung der Straßenbäume konnte durch die HWS Abhilfe geschaffen werden.

Frau Müller-Bahlke bat um eine sensible und ordentliche Prüfung, ob Bäume gefällt werden müssen.

Herr Aldag schlug vor, den Antrag als beraten zu erklären und bis zum Stadtrat einen gemeinsamen Konsens zu finden.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorschlag zu.

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/01946**

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig jährlich 200 Bäume als Ausgleich für Baumverluste infolge von Trocken- und Hitzeschäden an städtischen Bäumen auf Friedhöfen, an Straßen und in Grünanlagen im Stadtgebiet neu zu pflanzen. ~~Zur Finanzierung werden ab 2021 zusätzliche Mittel infolge des neuen Konzessionsvertrages über die öffentliche Versorgung mit Trinkwasser genutzt.~~ Die Stadtverwaltung informiert jährlich im 1. Quartal für das vergangene Jahr in einer Informationsvorlage über die notwendigen Baumfällungen und die realisierten Neupflanzungen (jeweils mit Standorten und Baumarten).

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/02027**

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und wie folgt neu gefasst:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~künftig jährlich 200 Bäume als Ausgleich für Baumverluste infolge von Trocken- und Hitzeschäden an städtischen Bäumen auf Friedhöfen, an Straßen und in Grünanlagen im Stadtgebiet neu zu pflanzen,~~ **Ersatzpflanzungen künftig nach Bemessung der Schäden anhand des zur Verfügung stehenden Baumkataster vorzunehmen. Diese Ersatzpflanzungen sollen aus standortangepassten Gehölzen bestehen. Die Pflanzorte und Arten sind so zu bestimmen, dass sie für das Stadtklima den größtmöglichen Nutzen bringen und möglichst wenig in ihrem Bewuchs beschränkt werden müssen (Wurzelaum durch Versiegelung, Krone durch Schnittmaßnahmen)** (Zur Finanzierung werden ab 2021 zusätzliche Mittel infolge des neuen Konzessionsvertrages über die öffentliche Versorgung mit Trinkwasser genutzt. Die Stadtverwaltung informiert jährlich im 1. Quartal für das vergangene Jahr in einer Informationsvorlage über die notwendigen Baumfällungen und die realisierten Neupflanzungen (jeweils mit Standorten

und

Baumarten).

**zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zu Möglichkeiten der Freigabe des Oberen Boulevard für den Radverkehr
Vorlage: VII/2020/01947**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek sagte, dass der Antrag in den übertragenen Wirkungskreis ragt. Er gab zu bedenken, dass die Umgehung nur wenige Meter länger, als die direkte Durchfahrt über den Boulevard ist. Seiner Meinung nach würde durch die Freigabe des Radverkehrs die Attraktivität der Straße gemindert werden. Seine Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Dr. Burkert gab zu Bedenken, dass die Umleitung fast anderthalb Mal so lang ist, bereits einige Unfälle verzeichnet wurden und der Weg nicht dem Standard für den entspricht. Des Weiteren handelt es sich um eine wichtige touristische Route.

Herr Teschner verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und betonte, dass die Intention des Antrags mehrfach geprüft wurde. Die Umgehung des Boulevards ist zumutbar und bietet daher keinen Anlass für die Stadtverwaltung die Straße für den Radverkehr freizugeben.

Herr Raue fragte, nach welchen Kriterien geprüft wurde. Er befürwortete den Antrag unter der Prämisse eine Maximalgeschwindigkeit einzuhalten und einen Radweg farblich einzuzugrenzen.

Herr Teschner antwortete, dass dies bereits mehrfach geprüft wurde.

Frau Mark gab zu bedenken, dass die Kontrollsituation des Rundverkehrs schon derzeit nicht optimal ist. Durch eine Zustimmung würde die Situation nur verschlechtert werden. Ziel sollte es sein, den Boulevard wieder zu beleben.

Herr Doege sieht keine Notwendigkeit in der Freigabe des Boulevards. Die Umgehung parallel der Leipziger Straße, durch das Charlottenviertel, ist nur minimal länger.

Frau Dr. Burkert bedankte sich für die Diskussion. Sie wandelte den Antrag in eine Anregung um.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zu Möglichkeiten der Freigabe des Oberen Boulevard für den Radverkehr
Vorlage: VII/2020/01947**

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen ob und unter welchen Rahmenbedingungen die obere Leipziger Straße für den Radverkehr freigegeben werden kann. Dabei ist darauf zu achten, dass die Situation an der Kreuzung Leipziger Straße, Am Leipziger Turm, Hansering und Waisenhausring so gestaltet wird, dass Übergang für alle Verkehrsbeteiligten möglichst gefahrlos ist.

zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung und Baumpflanzung auf dem Marktplatz und innerhalb der Altstadt
Vorlage: VII/2020/02037

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Jacobi begrüßte das Ansinnen des Antrags. Sie kündigte zur kommenden Stadtratssitzung einen Änderungsantrag an. Beantragt werden die Einbindung der Altstadt und die Attraktivitätssteigerung der Großen Klausstraße mithilfe von Begründungen.

Herr Scholtyssek sagte, dass dieses Thema schon mehrfach diskutiert wurde. Nach Aussagen der Stadtverwaltung besteht auf den Marktplatz auf eine Fördermittelfristbindung. Er bat um Zusendung eines Plans, indem alle Leitungen unterhalb des Marktplatzes eingezeichnet sind.

Frau Krischok sie fragte nach dem bestehenden Konzept zur Begrünung des Marktplatzes.

Herr Paulsen schlug vor, in der kommenden Ausschusssitzung über die Planungen auf dem Marktplatz zu berichten, unter Vorlage eines Leitungsplans.

Herr Raue bat um genauere Auskunft zur Fördermittelbindung.

Herr Paulsen sagte, dass auch das ein Thema in der kommenden Ausschusssitzung sein wird.

Frau Dr. Burkert vertagte aufgrund der Thematisierung in den kommenden Ausschuss den Antrag ihrer Fraktion.

zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung und Baumpflanzung auf dem Marktplatz und innerhalb der Altstadt
Vorlage: VII/2020/02037

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit und an welchen Stellen zusätzliche Begrünung (Baumpflanzung, Versenkung von Pflanzkübeln, Fassaden- und Dachbegrünung) auf dem Marktplatz und innerhalb der Altstadt möglich ist. Bei der Prüfung von möglichen Standorten von Baumpflanzungen, die frei von unterirdischen Medienleitungen sein müssen, ist die Schaffung eines ausreichend großen Wurzelraums, einer unbefestigten Baumscheibe sowie eines geeigneten Substrates für entsprechende Baumarten zu berücksichtigen.
Die Prüfung soll auch Standorte für Stauden und/oder mehrjährige Kräuterfluren beinhalten. Bei der Prüfung der Standorte sind die von der Forschungsgesellschaft, Landschaftsentwicklung, Landschaftsbau e.V. (FLL) entwickelten Empfehlungen und Kriterien als Maßstab anzulegen.
2. Das Prüfergebnis, das auch den Umfang des Pflegeaufwandes (personell und monetär) darlegen muss, ist dem Stadtrat spätestens Ende des 4. Quartals 2021 vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Auswertung Winterdienst

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Schwarz (GF HAVAG) und Herrn Schulze (GF HWS) das Rederecht erteilt.

Herr Schulze und **Herr Schwarz** informierten anhand einer Präsentation über die Auswertung des Winterdienstes.

Herr Raue bedankte sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für deren Arbeit. Dennoch war, seiner Meinung nach, die Planung zur Bewältigung der Schneemassen nicht gut. Er berichtete, dass in den ersten Tagen für die Bürgerinnen und Bürger nicht sichtbar war, dass viel passiert ist. Viele Haltestellen waren überhaupt nicht geräumt und wurden sogar noch zusätzlich durch die Schneebeseitigung auf den Straßen zugeschoben. Zudem sei hauptsächlich der Temperaturanstieg verantwortlich war, dass so schnell akzeptable Bedingungen herrschten. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass für das Freiräumen von Haltestellen, Straßenübergängen und -kreuzungen nicht immer Maschinen notwendig sind. In den nächsten Jahren sollte darüber nachgedacht werden, zusätzliches Personal, beispielsweise von privaten Personalvermittlern, für solche Extremsituationen bereitzustellen.

Frau Jacobi bat um eine Stellungnahme zur Beräumung von Radwegen.

Herr Schulze sagte, dass Radwege mit über 10 Zentimeter Schnee nicht beräumt werden, da der Schnee in keine Seitenlage abgelagert werden kann. In Extremsituationen ist die Radwegeberäumung nicht möglich und vertraglich nicht fixiert.

Frau Jacobi fragte, ob die Radwege beräumt werden, wenn die Schneedecke unter 10 cm liegt.

Herr Schulze bejahte dies.

Herr Krause schilderte seine Eindrücke und sagte, dass es ein Wintereinbruch mit Ansage war. Er wünschte sich, dass eine selbstkritischere Betrachtung sowohl für die HAVAG als auch für die HWS erfolgt wäre. Zudem hat das warme Wetter der nachfolgenden Tage dazu beigetragen, dass die Schneemassen schneller geschmolzen sind. Auch durch die Pandemie und die Schulferien waren weniger Menschen im innerstädtischen Bereich unterwegs.

Frau Krischok bedankte sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an den Tagen im Einsatz waren. Sie kritisierte, dass Papierkörbe an Haltestellen geleert wurden, die nicht befahren werden konnten. Sie regte eine Gesamtauswertung der Wintersaison in den kommenden Ausschusssitzungen an, da dieses Jahr ein neuer Vertrag geschlossen werden muss. Sie fragte, welche Änderungen vonseiten der HAVAG/ HWS für den neuen Vertrag gewünscht sind und ob Kontrollen vonseiten der Stadtverwaltung durchgeführt wurden, die die Beseitigung der Schneemassen durch die Hauseigentümer zu überprüfen.

Herr Teschner antwortete, dass der derzeit geschlossene Vertrag bis zum 1. April 2022 läuft, dieser verlängert sich um weitere 5 Jahre, wenn er nicht unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 18 Monaten gekündigt wird. Er hat sich zum 1. Oktober 2020 um 5 Jahre verlängert. Über eine Verlängerung muss daher nicht debattiert werden.

Zur Beseitigung der Schneemassen durch die Anlieger sagte er, dass Kontrollen stattgefunden haben und darauf hingewirkt wurde, dass der Reinigungspflicht nachgekommen wird. Im Ergebnis wurden 68 Ordnungswidrigkeitsanzeigen eingeleitet.

Frau Dr. Burkert bedankte sich für die Präsentation. Im Rahmen des Klimawandels werden solche extremen Wetterlagen häufig zu erwarten sein. Sie fragte, was die HAVAG und die HWS an personellen und technischen Konsequenzen für nötig erachten, um in den nächsten Jahren für diese Extremlagen gewachsen zu sein. Des Weiteren berichtete sie, dass am 16. Februar ein junges Mädchen durch eine Dachlawine verletzt wurde. Sie fragte, ob ähnliche Fälle im Stadtgebiet bekannt sind, die auch in Haftbarkeit der Stadt Halle (Saale) steht.

Herr Teschner antwortete, dass ein weiterer Fall eines Sturzes bekannt ist. Die Verantwortlichkeit liegt hier nicht bei der Stadt, sondern in privaten Händen.

Herr Schulze machte darauf aufmerksam, dass es dieses Jahr eine besondere Herausforderung war. Ein solches Ereignis gab es zuletzt 2010. Im Winterdienstvertrag sind die Anforderungen für einen normalen langjähriges Winterereignis in unseren Breiten ausreichend geregelt. Der Winterdienst ist aufgeteilt zwischen der HWS und der HASTRA, damit die Vorhaltekosten für den Winterdienst so gering wie möglich sind. Der Winterdienst wird jährlich mit dem Fachbereich Sicherheit ausgewertet. Er widersprach Herrn Raue und sagte, dass die Pandemie dazu beigetragen hat, dass durch die vielen parkenden Autos eine Durchfahrt der Straßen mitunter nicht möglich und die sonst freien Flächen für die Schneeablagerung nicht vorhanden waren. In der Kürze der Zeit war es nicht anders regelbar. In der Konsequenz wird der Winterdienstplan nachgeschärft und für solche extremen Themen andere Sachen vorhalten. Er bedankte sich für die Anregungen die für die weitere Auswertung hilfreich sind.

Herr Schwarz Sachstandsbericht. Er widersprach den Aussagen von Herrn Raue und Herr Krause. Das Tauwetter hat am 17. Februar eingesetzt und hat vorher nicht bei der Schnee-beseitigung geholfen, um den Linienbetrieb wieder aufnehmen zu können. Im Ergebnis wird es personelle, organisatorische und technische Veränderungen geben. Mit den verfügbaren Kräften wurde ein Maximum erreicht, was in dieser Situation möglich war. Zu den Fahrgastanrufen berichtet er, dass 2/3 der Anrufer sich darüber informiert haben, wie die Fahrpläne für einzelne Linien aussehen. Im Nachgang wird eine Kundenbefragung erfolgen, wie gut die Leistungen der HAVAG wahrgenommen wurden, um daraus zu lernen und Leistungen zu verbessern.

Nur der Beweis, dass der Linienbetrieb nur von 6 Uhr bis 13:40 Uhr außer Betrieb war, heißt, dass allein schon am Sonntag, an dem die intensiven Schneefälle einsetzten, die Winterbereitschaft schon ausgerufen war. Die HAVAG war auf den Schneefall vorbereitet.

Herr Krause sagte, dass die Fahrauskünfte mit dem tatsächlichen Linienverkehr nicht synchron gewesen sind. Er nahm Bezug auf die Wirkungsweise von Salz und die Aussage von Herrn Schulze. Er wies darauf hin, dass in Warschau auf das Ausstreuen von Salz verzichtet wird und dafür Kaffeesatz verwendet wird und fragte, ob das eine Überlegung für Halle (Saale) wäre.

Herr Schulze sagte, dass das Salz nicht gänzlich an Wirkung verliert. Er sicherte eine Prüfung des Kaffeesatzes zu.

Herr Paulsen fragte, was an Prioritäten verändert werden kann, da auch er den Eindruck hatte, dass Fußwege, Kreuzungen, Haltestellen und Fußgängerüberwege nicht prioritär berücksichtigt wurden.

Herr Schulze antwortete, dass die Schwerpunkte mit dem Fachbereich Sicherheit ausgewertet werden. Die Fußgängerüberwege werden nochmal kritischer begutachtet. Zusätzliche Arbeitskräfte ohne Ortskenntnis einzusetzen, sind schwer umsetzbar. Zudem müssen diese zusätzlich eingewiesen, belehrt, arbeitstechnisch ausgerüstet und transportiert werden.

Herr Doege stimmte den Aussagen von Herrn Paulsen zu. Er berichtete, dass in Magdeburg Fahrradfahren möglich war, in Halle (Saale) nicht. Zudem kritisierte er, dass keinerlei Anzeigen an Haltestellen gab, wann eine Straßenbahn fährt, ist das für einen Berufspendler praktisch unmöglich den Nahverkehr zu nutzen.

Frau Jacobi fragte, ob es möglich wäre, dass Noträumungen von Gehwegen vonseiten der Stadtverwaltung übernommen werden und den privaten Anliegern in Rechnung gestellt wird. Zudem ist aufgefallen, dass vor den Landesliegenschaften sehr spät geräumt wurde.

Herr Teschner antwortete dass eine Notberäumung zur Anwendung kommen kann. Dieses Zwangsmittel aus dem Verwaltungsrecht muss vorher schriftliche angedroht werden. Hierbei ist zu beachten, dass der Eigentümer die Chance haben muss seiner Pflicht selbst nachzukommen. Landesliegenschaften werden auch wie private Anlieger behandelt.

Herr Raue gab zu bedenken, dass Kapazitäten für eine solche Ersatzvornahme nicht vorhanden sein werden.

Herr Breitengraser bedankte sich für die Präsentation. Er bezog sich auf den Schwerpunkt der Altenheimen und fragte, ob dabei alle Altenheime berücksichtigt werden oder nur die innerstädtischen.

Herr Schulze antwortete, dass alle Altenheime auf der Prioritätenliste stehen.

Herr Breitengraser bat das Altenheim am Gut Gimritz auch auf die Prioritätenliste zu setzen, da dort sehr spät beräumt wurde.

Herr Schulze bedankte sich für den Hinweis und sicherte eine Prüfung zu.

Herr Schwarz sagte, dass die Kritik bezüglich der nicht tagesaktuellen Fahrgastinformationen in den ersten drei Tagen berechtigt ist. Dies soll sich künftig verbessern.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Baumfällliste

Frau Jacobi laut Presseberichten, wurde für den geplanten Radweg in der Nordstraße 50 Bäume gefällt. Diese Fällungen wurden nicht in der Baumfällliste aufgeführt. Des Weiteren bezog sie sich auf die letzte Stadtratssitzung, in der berichtet wurde, dass 17 Baumfällungen auf dem Gelände der Kita Am Breiten Pfuhl durchgeführt wurden. Auch diese Fällungen waren nicht in der Baumfällliste aufgeführt. Sie bat um Stellungnahme.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass die Baumfällliste künftig umbenannt wird. In der Liste werden alle Genehmigungen der Unteren Naturschutzbehörde aufgrund der Baumschutzsatzung bzw. Befreiungen nach Landesnaturschutzgesetz aufgelistet.

Die Baumfällungen Am Breiten Pfuhl wurde bereits in der Baumfällliste Oktober/November 2020 aufgeführt.

Die Untere Naturschutzbehörde hat keine Information über die Baumfällungen und den Baumfällzeitpunkt, dazu gibt es keine Rechtsgrundlage. Daher kann das Gefühl aufkommen, dass die Liste unvollständig ist. Innerhalb der Verwaltung wurde veranlasst, dass alle eigenumsverwaltende Fachbereiche Baumfällungen anzeigen. Mit dieser Bitte wird auch an den Konzern Stadt herangetreten(u.a.), um einen größeren Überblick zu erhalten. Diese neue Liste soll künftig veröffentlicht werden.

Frau Krischok bezog sich auf die Nr. 259 und fragte, ob die Fällungen im Zusammenhang mit der Sanierung der Auenschule stehen.

Herr Paulsen bejahte dies.

Frau Jacobi bezog sich auf die Nr. 955 und bat um Erläuterung, weshalb nur ein Baum beantragt und drei genehmigt wurden.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine Prüfung zu.

Herr Doege fragte, ob künftig auch nur genehmigungspflichtige Bäume aufgelistet werden.

Frau Ruhl-Herpertz bejahte dies.

Frau Wolf bezog sich auf Baumfällungen in der Merseburger Straße südliche der Rosengartenbrücke. Sie fragte, ob diese mit dem Stadtbahnprogramm zusammenhängen und wann mit den Straßenbaumaßnahmen zu rechnen ist.

Frau Ruhl-Herpertz bejahte dies.

Herr Paulsen ergänzte, dass der nächste Bauabschnitt ansteht.

Frau Wolf fragte, ob es geplant ist, dass Baumfällungen aus Planfeststellungsverfahren in die Liste übernommen werden können.

Herr Paulsen antwortete, dass der Fokus auf der Baumschutzsatzung liegt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Krischok zur Kleingartenkonzeption

Frau Krischok bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zu ihrer Anfrage zur Kleingartenkonzeption. Sie kann die Begründung der verzögerten Fertigstellung der Konzeption nicht nachvollziehen, da diese bereits seit 2018 erarbeitet wird.

zu 8.2 Frau Krischok zum Präventionsrat

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Frage zum Präventionsrat:

Welchen aktuellen Arbeitsstand gibt es zur Neuaufstellung des Präventionsrates?

Herr Paulsen antwortete, dass alle Unterlagen vollständig sind und eine Ausschreibung kurzfristig erfolgt. Er bat darum, die Ausschreibung zu verbreiten.

zu 8.3 Frau Krischok zum Naturschutzbeirat

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Frage zum Naturschutzbeirat:

Das letzte veröffentlichte Protokoll auf halle.de vom Naturschutzbeirat stammt vom Mai 2019. Hat der Naturschutzbeirat seitdem getagt? Wenn ja, wo ist das Protokoll zu finden? Wenn nein, warum nicht?

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass der Naturschutz mehrfach getagt hat. Die Protokolle wurden dank des Hinweises bis einschließlich November 2020 eingepflegt.

zu 8.4 Frau Krischok zur Abteilung Stadtordnung

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Frage zu Abteilung Stadtordnung:

Ist die Stelle des Abteilungsleiters Stadtordnung wieder besetzt? Wenn nicht, wann ist mit der Wiederbesetzung zu rechnen?

Herr Teschner antwortete, dass das Stellenausschreibungsverfahren nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Derzeit gibt es Umstrukturierungen, damit die Stelle im Mai 2021 erneut ausgeschrieben werden kann.

zu 8.5 Frau Krischok zum Ordnungsdienst

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Frage zum Ordnungsdienst:

Wie viele städtische Ordnungskräfte sind derzeit durchschnittlich „auf der Straße“ zu welchen Uhrzeiten tätig? Wie viele private Unternehmen sind gegenwärtig mit wie vielen Personen zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung tätig?

Herr Teschner antwortete, dass keine privaten Unternehmen tätig sind. Beim städtischen Ordnungsdienst sind 14 Personen im Außenbereich tätig. Die Anzahl der Personen zu bestimmten Tages- und Uhrzeiten variiert durch aktuelle Lagegeschehen.

zu 8.6 Frau Krischok zu Baumfällungen

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Frage zu Baumfällungen:

In welcher Art und wann werden die Einwohner*innen über bevorstehende Baumfällungen informiert?

Frau Ruhl-Herpertz verwies auf die Diskussion zur Baumfällliste TOP 7.2

zu 8.7 Frau Krischok zum Saale-Badestrand

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Frage zum Saale-Badestrand:

Der Weg am Saale-Badestrand zwischen der Peißnitzbrücke und dem Riveufer ist in einem sehr schlechten Zustand, von Autos zerfahren und verschlammt. Welche Autos dürfen diesen Weg nutzen? Wann wird dieser Weg wieder ordentlich hergerichtet?

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass das im Zusammenhang mit der Entsorgung der Papierkörbe steht. Die Entsorgung erfolgt durch Fahrzeuge der HWS. In derzeitigen Gesprächen soll die Logistik anders organisiert werden. Sobald die Abstimmungen abgeschlossen sind, wird der Weg wieder hergerichtet.

Herr Teschner wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung vom Baden in der Saale abrät.

zu 8.8 Herr Doege zum Behindertenparkplatz am Kaufhof

Herr Doege berichtete, dass am Kaufhof, Ecke Große Steinstraße/ Neunhäuser ein Behindertenpark errichtet wurde. Diese Parkfläche behindert die freie Sicht zum Kleinschmieden. Er bat den Standort des Parkplatzes zu überdenken, um die Sicht auf den Kreuzungsbereich

zu

verbessern.

Herr Teschner sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.9 Herr Doege zum Fahrradverkehr im Steinweg

Herr Doege sagte, dass ihm im Steinweg aufgefallen ist, dass vermehrt die Fußwege durch Fahrradfahrerinnen und -fahrer genutzt werden, da die Verhältnisse sehr beengt sind. Er bat um Kontrollen des Ordnungsamtes.

Herr Teschner sagte, dass die Kontrollen in der Zuständigkeit der Polizei liegen. Er sicherte eine Weitergabe zu.

zu 8.10 Frau Thomann zur Förderrichtlinie Fassadenbegrünung

Frau Thomann fragte nach dem aktuellen Stand der Förderrichtlinie Fassadenbegrünung.

Herr Paulsen antwortete, dass diese in der kommenden Ausschusssitzung im April 2021 eingebracht wird.

zu 8.11 Frau Thomann zu Verkehrsbefragungen

Frau Thomann bezog sich auf ihre Anfrage zu repräsentativen Verkehrsbefragungen durch die TU Dresden. Sie fragte, wann die Veröffentlichung der Ergebnisse nachgeholt wird.

Herr Paulsen sicherte eine Prüfung zu, da die Veröffentlichung bereits erfolgt sein sollte.

zu 8.12 Herr Krause zum Solarkataster

Herr Krause fragte, ob ein Solarkataster für die Stadt Halle (Saale) entwickelt wird, um energetische Ressourcen nutzen zu können.

Herr Paulsen antwortete, dass Herr Zwick eine Vorstellung der Thematik in den kommenden Ausschusssitzungen plant.

zu 8.13 Herr Raue zum Osendorfer See

Herr Raue bezog sich auf die Böschungsstabilisierung des Osendorfer Sees. Er fragte, wann eine Berichterstattung zur Prüfung der Maßnahme erfolgt.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass es dazu noch Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt über das weitere Verfahren gibt. Sobald Gesprächsergebnisse vorliegen wird eine Mitteilung im Ausschuss erfolgen.

Herr Raue fragte, was die Inhalte der Gespräche sind.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass es um den Umfang der Maßnahme geht.

Herr Raue fragte, ob es absehbar ist, wann die Ergebnisse vorliegen.

Frau Ruhl-Herpertz verneinte dies.

Herr Raue fragte, ob die Leistungen bereits ausgeschrieben wurden.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass Bewilligungsbescheide in Höhe von 10 Millionen Euro vorliegen. Die Maßnahme muss bis 2024 umgesetzt werden.

zu 8.14 Frau Jacobi zum Generalentwässerungsplan

Frau Jacobi bat um die Zusendung des zugesicherten Generalentwässerungsplans.

zu 8.15 Frau Jacobi zur autofreien Innenstadt

Frau Jacobi erinnerte an die Zusendung der Verkehrsuntersuchung der VSC zur autofreien Innenstadt.

zu 8.16 Frau Jacobi zur Windkraftanlage der St. Franziskus-Grundschule

Frau Jacobi stellte eine vorab schriftliche eingereichte Frage zur Windkraftanlage der St. Franziskus-Grundschule:

2015 hat die St. Franziskus-Grundschule in der Murmanker Straße eine vertikale Windkraftanlage in Betrieb genommen. Die gewonnene Energie wird z.B. für die Außenbeleuchtung der Schule verwendet. Zwar handelt es sich bei der Grundschule um eine Schule in freier Trägerschaft, aber ggf. gab es seitens der Stadtverwaltung dennoch einen Erfahrungsaustausch mit der Schule zu diesem Projekt. Andernfalls würden wir diesen anregen.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Welche Erfahrungen hat die Schule mit diesem Projekt gemacht im Hinblick auf Anschaffungskosten und Betriebsdauer der Anlage, Fördermöglichkeiten, Sensibilisierung der Schülerschaft für regenerative Energien?
2. Gibt es bereits ähnliche Projekte oder Planungen an Schulen in städtischer Trägerschaft?

Herr Paulsen sagte, dass das Thema in den Themenspeicher aufgenommen wird. Er verwies auf den Schulträger bezüglich der gesammelten Erfahrungen.

zu 8.17 Frau Jacobi zur Demo am 27.02.2021

Frau Jacobi berichtete über einen rechtsextremen Aufmarsch am 27. Februar 2021, bei dem es eine Vielzahl von Verstößen der AHA-Regeln gab. Sie fragte, inwieweit das Ordnungsamt nicht handelsfähig war. Sie bat um Stellungnahme.

Herr Teschner sagte, dass die Zuständigkeit bei der Versammlungsbehörde und der Polizei liegt.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Wolf zur Baumpflanzung auf dem Marktplatz

Frau Wolf sagte, dass bei der Prüfung zu beachten ist, dass Bäume nah an Leitungsbeständen gepflanzt werden können. Auch eine Bündelung der Leitungen könnte in Betracht gezogen werden.

Herr Paulsen verwies auf den kommenden Ausschuss.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Frau Jacobi zu Forstarbeiten

Frau Jacobi berichtete, dass Dessau für Forstarbeiten einen Testlauf mit Rückepferden durchführt. Sie regte an, mit der Stadt Dessau in Austausch zu treten und Überlegungen anzustreben, ob ein solcher Testlauf auch für die Dölauer Heide geeignet sein könnte.

Herr Paulsen sagte, dass derzeit geprüft wird, ob Rückepferde auf der Rabeninsel eingesetzt werden können.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Frau Jacobi zum Frühwarnsystem Abwasser-Monitoring

Frau Jacobi berichtete, dass Forscher aus Sachsen-Anhalt ein Frühwarnsystem über ein Abwasser-Monitoring entwickeln, welches Kenntnis über Infektionsgeschehen liefern kann. Laut der LVZ gibt es ein großes Interesse ein Pilotprojekt zum Abwasser-Monitoring als Corona-Frühwarnsystem zu starten. Sie regte an, dass sich die Stadt Halle (Saale) für ein solches Pilotprojekt bewirbt.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin